



Programm
der
Jungen Liberalen NRW
zur
Europawahl 2004

Programm der Jungen Liberalen NRW zur Europawahl 2004

- ein liberales Europa für ein Europa der Bürger -

Das geeinte Europa scheint zum Greifen nah zu sein, der Konvent zur Zukunft der europäischen Union hat einen Verfassungsentwurf vorgelegt. Dies stellt einen großen Fortschritt dar, aber es ist noch nicht genug. Es setzt Akzeptanz voraus, welche nur entstehen kann, wenn es dem Bürger auch reell ermöglicht wird, sich als Europäer zu fühlen.

Derzeit wird dieser Prozess durch mangelnde Transparenz europäischer Entscheidungsprozesse, ungenügende Bürgerbeteiligung und ein immer noch hohes Demokratiedefizit erschwert.

Die JuLis NRW setzen diesen Problemen ein gänzlich anderes Leitbild entgegen: Wir wollen die Einigung vollenden und ein neues Europa, ein Europa der Bürger schaffen.

Deshalb wollen wir (auch für Deutschland) die Durchführung eines Referendums über den Verfassungsvertrag.

Es muss sich eine europäische politische Öffentlichkeit und ein entsprechendes Bewusstsein bilden. Dies wird jedoch nicht von selbst entstehen, sondern die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Für NRW bedeutet diese Entwicklung eine große Zukunftschance, ist aber zugleich eine besondere Herausforderung. Nordrhein-Westfalen hat die Möglichkeiten und Ressourcen, der leistungsfähigste Dienstleistungs- und Wirtschaftsstandort in Europa zu werden.

Institutionen

Legislative:

Langfristig befürworten die Jungen Liberalen ein „Zwei-Kammern-System“, in dem das Europäische Parlament und der Ministerrat als gleichberechtigte Partner die gesetzgebende Gewalt bilden. Dabei sollte dem Europäischen Parlament die Rolle eines einheitlichen, die Völker Europas repräsentierenden Organs zukommen, wo hingegen der Ministerrat zu einer föderalen Kammer fortentwickelt werden soll.

Die JuLis begrüßen den Vorschlag des Verfassungskonvents, das Mitentscheidungsverfahren, bei dem das Europäische Parlament als gleichberechtigter Partner neben dem Ministerrat am Gesetzgebungsverfahren teilnimmt, künftig zur Regel werden zu lassen. Bei Entscheidungen im Mitentscheidungsverfahren muss das Europäische Parlament künftig einem Gesetz oder einer Verordnung mit einfacher, der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit zustimmen. Die qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat bzw. im Ministerrat ist erreicht, wenn dem Vorschlag eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten zustimmt, die gleichzeitig mindestens drei Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentiert.

Parlament:

Das Europäische Parlament muss mit vollen parlamentarischen Rechten, insbesondere der Hoheit über den gesamten EU-Haushalt, einschließlich des Agrarhaushalts, ausgestattet werden. Die Stellung des europäischen Parlamentes muss weiter gestärkt werden bis zur vollständigen Verwirklichung des Demokratieprinzips.

Hierzu ist ein einheitliches, durch das Europäische Parlament zu erlassenes Wahlrecht für die Europawahl von Nöten und eine Veränderung der Abgeordnetenzahlen, um sich stärker an das Prinzip der Stimmgleichheit anzunähern.

Um in das EP einzuziehen, muss ein bestimmtes Mindestquorum erreicht werden.

Föderale Kammer:

Der Ministerrat besteht aus einem Vertreter pro Mitgliedsstaat und wirkt als föderale Kammer. Die föderale Kammer besitzt wie das EP Initiativrecht.

Exekutive:

Die Kommission soll zu einer Regierung weiterentwickelt werden. Der Kommissionspräsident wird von allen Bürgern der Europäischen Union in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl nach Mehrheitswahlrecht gewählt. Er ernennt und entlässt die Kommissare. Der Kommissionspräsident hat die Richtlinienkompetenz, jedoch verwalten die Kommissare ihre Ressorts eigenständig und unabhängig. Die Exekutive kann das Gesetzgebungsverfahren einleiten.

In Zukunft wird jede Generaldirektion einem Kommissar klar zugeordnet.

Judikative:

Der Europäische Gerichtshof soll vor allem als Verfassungsgericht fungieren.

Vor dem EuGH müssen alle Bürger ihre europäischen Grundrechte einklagen können. Die Rechtssprechung des EuGH bindet nationales Recht.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss dringend weiter ausgebaut werden, mittelfristig sollte die EU die gesamte Zuständigkeit auf diesem Gebiet bekommen. Der Sprecher für die GASP soll durch den europäischen Außenminister und den europäischen Verteidigungsminister ersetzt werden. Der europäische Außenminister wird wie alle anderen Kommissare vom Kommissionspräsidenten ernannt, muss jedoch von der föderalen Kammer bestätigt werden.

Bei außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzentscheidungen hat das EP die Entscheidungskompetenz.

Die nationalen Außenministerien und die nationalen Verteidigungsministerien werden abgeschafft und eine europäische Berufsmarine soll aufgebaut werden.

Um ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht zu werden kann sich die EU nur mit weltweiten Interessen definieren. Deren institutionelle Ausformung ist der gemeinsame ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Die Europäische Union verstärkt die Internationale Zusammenarbeit durch eine aktivierende Entwicklungs- und Freihandelspolitik, die Demokratie und Menschenrechte stärken soll. Die EU muss sich auch für den Internationalen Strafgerichtshof einsetzen und die Mitgliedstaaten darauf drängen, bilaterale Abkommen zur Nicht-Auslieferung aufzukündigen. Darüber hinaus bekennt sich die EU zu Gewalt als letztem Mittel im Sinne der „Petersberger Aufgaben“ unter dem Dach des Nord-Atlantik-Paktes. Dies beinhaltet vor allem Kampfeinsätze zur Krisenabwehr und friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen.

Beitritt eines Staates:

Aus Sicht der Jungen Liberalen NRW kann in Zukunft grundsätzlich jeder Staat Mitglied des politisch vereinten Europa werden, wenn dieses Europa den betreffenden Staat aufnehmen will und dieser beitragsfähig ist. Die JuLis NRW erteilen geographischen, religiösen oder ähnlichen Kriterien eine klare Absage. Mindestens ebenso entscheidend ist jedoch ein anderer Punkt: Die Jungen Liberalen NRW wollen eine politische Union Europas, also eine direkt vom Volk legitimierte europäische Regierung, eine Legislative aus zwei gleichberechtigten Kammern ohne Einstimmigkeitsprinzip und einem klaren Kompetenzkatalog, der die Aufgaben der föderalen Ebene eines solchen Bundesstaats umreißt und für alle Politikfelder einen praktikablen Weg weist und sehen im Projekt der EU mehr als eine bessere Freihandelszone.

Ein Land muss hinsichtlich seiner Größe, der Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Struktur für die Union integrierbar sein und darf das Ziel einer politischen Union nicht gefährden.

Die Europäische Union ist derzeit aus Sicht der Jungen Liberalen NRW für einen Beitritt der Türkei daher noch nicht bereit. Diese Feststellung schlägt der Türkei jedoch nicht die „Tür zu“. Die Türkei ist seit vielen Jahrzehnten verlässlicher und wichtiger Partner der NATO und der Europäischen Union und unbestritten Teil des europäischen Kulturraums. Daher bekennen sich die JuLis NRW klar zu einer europäischen Zukunftsperspektive für die Türkei. Diese kann als Vollmitglied der Union beitreten, wenn das Ziel der politischen Union in einem umfassenden Sinne erreicht ist und die Türkei dann beitragsreif – insbesondere hinsichtlich der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien – ist.

Innenpolitik:

Die Justiz- und Innenminister der EU haben mit dem Vertrag von Nizza wesentliche Regelungen neu gefasst, die eine Arbeitserleichterung für die Polizei bedeuten: Im begrenzten Maße wird der sogenannte Diagonalverkehr zwischen Polizeibehörden eines Landes und der Justiz des anderen Landes - im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten – zugelassen. Damit entfallen bisher notwendige, zeitraubende Dienstwege durch verschiedene Instanzen.

Der Amsterdamer Vertrag hat der Europäischen Union daneben besondere Zuständigkeiten für den Bereich der Ausländerpolitik übertragen. Um Rechtsicherheit zu schaffen, fordern die Jungen Liberalen NRW:

- in den grenznahen Räumen eine aktive, vor allem personelle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Polizeibehörden.
- ein europaweites Asylrecht. Der Amsterdamer Vertrag hat der Europäischen Union bereits besondere Zuständigkeiten für den Bereich der Ausländerpolitik übertragen.
- die Umgestaltung von EUROPOL zu einer echten Bundespolizei mit operativen Befugnissen.

Die Jungen Liberalen setzen sich – insbesondere im Rahmen der Osterweiterung – für eine radikale Vereinfachung und Verbesserung und den entschiedenen Ausbau der europaweiten, länderübergreifenden Verkehrsinfrastruktur ein.

Bildung in und für Europa

In einem vielsprachigen, kulturell stark divergierenden Raum wie Europa ist es für die Schülerinnen und Schüler immer wichtiger, optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Nordrhein-westfälische Schulabsolventen müssen sich nunmehr gegen eine Vielzahl von Bewerbern auch aus anderen Ländern durchsetzen. Die Anforderungen an junge Menschen werden ferner in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen. Die Statistiken zeigen jedoch: Nordrhein-westfälische Berufseinsteiger sind im europäischen Vergleich zu alt und oft nicht hinreichend gut ausgebildet. Die Jungen Liberalen fordern daher:

- Die Einführung des Englischunterrichts bereits in Klasse eins der Grundschule. Die zweite Fremdsprache setzt sich folglich in Klasse fünf der weiterführenden Schule ein.
- Die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre, um nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler bessere Möglichkeiten für den Berufseinstieg zu bieten und sie europäischen Konkurrenten gegenüber zu benachteiligen.
- Qualitätssicherung bei der Einführung international anerkannter Abschlüsse wie Bachelor- oder Masterabschlüssen. Die Einrichtung dieser Studiengänge darf nicht zu Qualitätsverlusten oder Dumping-Abschlüssen führen, mit denen Universitäten und Fachhochschulen Sparmaßnahmen umsetzen möchten.

Dabei darf es in diesem Bereich zu keiner Kompetenzverschiebung unter dem Mantel einer Harmonisierung der EU kommen. Vielmehr wird eine Wettbewerb auch im Bildungsbereich angestrebt, der unseren Schülern die besten Voraussetzungen bieten soll.

Arbeiten in Europa

Aufgrund der Lehrstellenmisere und Jugendarbeitslosigkeit sind NRW-Schulabsolventen in immer höherem Maße gezwungen, sich nicht nur regional, sondern auch europaweit um eine Ausbildungsstelle und einen Berufseinstieg zu bemühen. Damit dieser Internationalisierungsprozess problemfrei abläuft, fordern die Jungen Liberalen NRW:

- Harmonisierung des Sozialrechtsschutzes auf europäischer Ebene auf dem Level, der gegenwärtig dem Durchschnitt der Mitgliedsländer entspricht. Vorbild kann in diesem Bereich die bereits erfolgte Harmonisierung des Arbeitsschutzes sein.
- Rückbau der europäischen Gewerkschaftsmacht und Mitbestimmung. Das Dickicht an arbeitsplatzfeindlichen Mitbestimmungsvorschriften und Gremien darf nicht noch um eine weitere Entscheidungsebene ergänzt werden. Die Vorschriften zu Eurobetriebsräten sind rückgängig zu machen.

In vielen Bereichen wie der Energiewirtschaft hat die Politik der EU zu einer Liberalisierung der Märkte geführt. Die Jungen Liberalen sprechen sich für Zerschlagung lange gebildeter Kartelle und Monopole aus und begrüßen die von der EU eingeleiteten Maßnahmen. Noch besteht jedoch eine Vielzahl staatlicher Einflussnahmen. Die Jungen Liberalen NRW fordern in diesem Zusammenhang die Liberalisierung der Daseinsvorsorge in allen Bereichen.

Einbeziehung der kommunalen Ebene:

Auch Kommunen sind in hohem Maße von der Auslegung und Anwendung von EU-Richtlinien und der Umsetzung dort getroffener Entscheidungen betroffen.

Es zeichnet sich immer stärker das Bild ab, dass Kommunen zwar viele Aufgaben, jedoch wenig Rechte zukommen und finanzielle Lasten auf untersten Ebenen getragen werden müssen. Um den Kommunen in Zukunft eine stärkere Position einzuräumen fordern die Jungen Liberalen NRW eine verstärkte Netzwerkbildung von Seiten der Städte. In NRW sind lediglich die Städte Köln, Bonn, Düsseldorf, Dortmund und Münster Mitglied im Projekt „Eurocities“. Vor allem Kleinstädte sollten sich um eine Teilnahme bemühen, um so eine verstärkte Kooperation der kommunalen Ebene sicherzustellen.

Subventionen

Seitens der EU ist die Osterweiterung mit der Frage der Haushaltspolitik verbunden. Insbesondere ist Verteilung der Agrarsubventionen bei der Aufnahme von beitragswilligen Staaten ein Diskussionspunkt. Mehr Staaten als bisher würden die Maßstäbe zur Subventionierung erfüllen.

Eine deutliche Rückführung der Agrarsubventionen würde Mittel freisetzen die einer anderen Verwendung zugeführt werden könnten. Selbst eine Reduzierung des Budgets zur Steuererleichterung nützt mehr als langjährige wettbewerbsbehindernde und marktverzerrende Subventionen. Die Agrarsubventionen in ihrer jetzigen Form behindern außerdem die Entwicklungspolitik.

Grundsätzlich muss sich die EU von dem anachronistischen Anspruch, Selbstversorger zu sein, verabschieden.